Mehr als ein neues Etikett?

Der Pakt für den Mittelmeerraum als Baustein europäischer Partnerschaftsdiversifizierung

Lukas Kupfernagel – ist Referent für den Nahen Osten und Nordafrika in der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung.

IN KÜRZE / **Der Pakt für den Mittelmeerraum, im Oktober 2025 verabschiedet und vom EU-Rat im November gebilligt, bietet erstmals seit der gescheiterten Union für das Mittelmeer einen strukturierten Rahmen für EU-Partnerschaft mit dem Süden – doch sein Mehrwert hängt davon ab, ob er effizient eingesetzt wird oder nur weitere Bürokratie produziert.**

/ Der südliche Mittelmeerraum ist kein homogener Block: Marokko, Tunesien, Ägypten und Jordanien verfolgen unterschiedliche Interessen und erwarten von der EU differenzierte Angebote statt generischer Partnerschaftsrhetorik.

/ Deutschland kann im Mittelmeer eine Maklerrolle übernehmen – zumal die Merz-Regierung seit ihrem Antrittsbesuch in Ankara im Oktober 2025 ungewöhnlich gute Beziehungen zur Türkei, die als streitbarer Schlüsselakteur unverzichtbar ist, unterhält.

/ Wenn Europa sich die Frage nach der Diversifizierung seiner Partnerschaften stellt, gibt es eine Region, bei der die Antwort eigentlich auf der Hand liegen sollte: den südlichen Mittelmeerraum. Kaum eine Region ist für Europa gleichzeitig so nah und so strategisch relevant. Energieversorgung, Migration, Sicherheit und Handel treffen hier unmittelbar auf europäische Interessen. Trotzdem ist es der Europäischen Union (EU) in drei Jahrzehnten seit dem Barcelona-Prozess[I] nicht gelungen, aus geografischer Nähe auch eine politische herzustellen. Das lag weniger an fehlenden Initiativen als an einer Abfolge von Krisen, vom Zerfall Libyens über den Krieg in Syrien bis zu den Migrationskrisen der vergangenen Jahre, die langfristige Partnerschaft immer wieder hinter kurzfristiges Krisenmanagement zurücktreten ließen.

Mit dem im Oktober 2025 beschlossenen Pakt für den Mittelmeerraum[II] unternimmt die EU ihren jüngsten Versuch, dies zu ändern. Der Pakt bildet den neuen strategischen Rahmen der EU für die Zusammenarbeit mit ihren zehn südlichen Mittelmeerpartnern. Anders als frühere Initiativen schafft er kein neues Finanzierungsinstrument und ersetzt bestehende Formate nicht, sondern führt sie erstmals in einem gemeinsamen strategischen Ansatz mit den Schwerpunkten Menschen und Mobilität, wirtschaftliche Integration und Energie sowie Sicherheit und Migration zusammen. Neu ist zudem, dass er das Ergebnis eines Konsultationsprozesses mit allen zehn südlichen Partnerländern ist. Der Anspruch ist ein anderer als in der Vergangenheit. Brüssel setzt auf Partizipation der Nachbarschaft und fordert gemeinsame Verantwortung und Mitgestaltung. Dass die Neuausrichtung der Partnerschaft ernst gemeint ist, zeigt auch die institutionelle Aufstellung: Mit Dubravka Šuica hat die Kommission erstmals eine eigene Kommissarin für den Mittelmeerraum ernannt; die im Februar 2025 neu geschaffene Generaldirektion MENA koordiniert die Umsetzung des Pakts. Ob er mehr ist als ein weiteres Brüsseler Etikett, hängt von einer Frage ab, die der Pakt selbst nicht beantwortet: Wie blickt der Süden auf Europa – und Europa auf den Süden? Verendet eine weitere Initiative als „Papiertiger“ oder erleben wir einen ernsthaften Paradigmenwechsel von Krisenmanagement zu gemeinsamer Partnerschaft in einer Region, in der Europas Einfluss in den letzten zehn Jahren sukzessive zurückgegangen ist?

[I] Der Barcelona-Prozess (auch Euro-Mediterrane Partnerschaft genannt) war ein 1995 ins Leben gerufenes außenpolitisches Projekt der EU. Ziel war es, gemeinsam mit den südlichen und den östlichen Mittelmeeranrainerstaaten einen stabilen Raum des Friedens, der Demokratie, der Sicherheit und des gemeinsamen Wohlstands zu schaffen.

[II] Der Neue Pakt für das Mittelmeer umfasst als strategischer Rahmen der EU folgende zehn Partnerländer der südlichen Nachbarschaft: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, Palästinensische Gebiete, Syrien und Tunesien.

Mehr Kapazität für den Welthandel: Das neue Containerterminal des Hafens Abu Qir in Alexandria, Ägypten, kann jährlich bis zu zwei Millionen Container für den internationalen Warenverkehr umschlagen. Foto: © Xinhua, Imago.

Viele Programme, wenig Richtung: Der schwierige Weg zu einer echten Partnerschaft

Seit drei Jahrzehnten entwickelt die EU neue Formate für die Zusammenarbeit mit ihren südlichen Nachbarn. Das Problem war selten ein Mangel an Initiativen. Schwieriger war es, aus der Vielzahl von Programmen, Partnerschaften und Dialogformaten eine erkennbare politische Richtung abzuleiten.

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP), 2004 lanciert, sollte aus Nachbarländern schrittweise einen Ring stabiler, regelbasierter Partnerstaaten machen – durch Assoziierungsabkommen, Marktöffnung und Rechtsanpassung. Das Modell funktionierte besser im Osten als im Süden: Wer im Süden nicht Mitglied werden konnte und auch nicht wollte, hatte wenig Anreiz, europäische Normen zu übernehmen, ohne im Gegenzug echten Marktzugang oder politische Anerkennung zu erhalten.

Die Union für den Mittelmeerraum (UfM), 2008 auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Nicolas Sarkozy gegründet, sollte die fehlende politische Dynamik durch konkrete Projekte ersetzen, scheiterte aber daran, dass nach dem Wiederaufflammen des Nahostkonflikts eine Vielzahl arabischer Mitgliedstaaten keine Sitzungen mehr in Anwesenheit Israels, ebenfalls Mitglied der UfM, abhalten wollte. So erlosch auch das Interesse europäischer Staaten an der Wiederbelebung des euromediterranen Prozesses innerhalb der UfM. Heute fungiert die UfM mit Sitz in Barcelona als technisches Forum für sektorale Zusammenarbeit von Energie über Beschäftigung bis zur „blauen Wirtschaft“, das seine ursprüngliche politische Ambition längst eingebüßt hat und nun vor allem niedrigschwellig die Umsetzung des neuen Pakts begleiten soll. Der sogenannte Arabische Frühling ab 2011 wurde zum eigentlichen Stresstest für beide Instrumente zugleich: Weder ENP noch UfM waren in der Lage, auf die politischen Umwälzungen in Tunesien, Ägypten und Libyen strategisch zu reagieren. Dass die EU auf diese Herausforderungen keine angemessene Reaktion zeigen konnte, lag auch daran, dass eine kohärente gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik fehlte, die den Instrumenten hätte Rückhalt geben können.[1]

> *„Die Union für den Mittelmeerraum verlor ihre politische Dynamik und fungiert heute nur noch als technisches Forum.*

Gemeinsame Verantwortung statt einseitiger Brüsseler Agenda: EU-Kommissarin für den Mittelmeerraum Dubravka Šuica stellte am 17. April 2026 in Brüssel den ersten Aktionsplan zur Umsetzung des Pakts für den Mittelmeerraum vor. Foto: © Anadolu Agency, Imago.

Durch den Ausbau von Großprojekten wie den NOOR-Solarstromanlagen in Ouarzazate treibt Marokko mit internationaler Unterstützung die Transformation seines Energiemixes voran und positioniert sich als zentraler Knotenpunkt für erneuerbare Energien in Nordafrika. Foto: © Xinhua, Imago.

Global Gateway schließlich ist weniger ein strategischer Entwurf als eine reaktive Gegenwehr: Als Antwort auf Chinas Belt and Road Initiative konzipiert, setzt Global Gateway auf Infrastrukturinvestitionen und reagiert vor allem auf Chinas wachsende Präsenz, statt eine eigene politische Vorstellung für die südliche Nachbarschaft zu formulieren.[2]

> *Marokko ist das Partnerland mit den klarsten Ambitionen und positioniert sich seit Jahren als regionale Energie-Drehscheibe.*

In dieses Feld tritt der Pakt mit einem Anspruch, der über seine Vorgänger hinausgeht. Die Kommission spricht von einem „ambitious paradigm shift“: gemeinsame Verantwortung statt einseitiger Brüsseler Agenda.[3] Das klingt nach mehr als institutioneller Kosmetik – und es ist auch mehr gemeint. Die Einschränkung liegt woanders: Wie das European Policy Centre anmerkt, kommt der Pakt ohne neue Finanzierungszusagen aus. Bestehende Programme sollen mobilisiert, nicht aufgestockt werden.[4] Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass der Spagat zwischen der Reduzierung klassischer Finanzmittel, einem Mitspracherecht der südlichen Nachbarn und der Effektivität der Maßnahmen geschafft werden muss. Ob daraus tatsächlich eine neue Partnerschaftsdynamik entsteht, entscheidet sich daher nicht an Organigrammen oder Strategiepapieren. Entscheidend wird hierfür sein, ob die Mitgliedstaaten bereit sind, politische und finanzielle Prioritäten zu setzen – und ob die Partnerländer den Anspruch des Paktes überhaupt als glaubwürdig wahrnehmen.

Kein homogener Süden: Länderspezifische Interessenprofile

Eine der zentralen Schwächen europäischer Mittelmeerpolitik war stets die Tendenz, den Süden als Block zu behandeln. Der Pakt kann diesen Defiziten entgegenwirken, aber nur dann, wenn er sich an den tatsächlichen Interessen und Entwicklungsprioritäten der Partnerländer orientiert.

Marokko ist das Partnerland mit den klarsten Ambitionen – und dem ausgeprägtesten Selbstbewusstsein. Rabat positioniert sich seit Jahren als regionale Energie-Drehscheibe: Mit der im März 2024 vorgestellten Wasserstoffinitiative *Offre Maroc* hat das Königreich ein Investitionsprogramm mit einem Zielvolumen von mehr als 319 Milliarden Dirham (rund 30 Milliarden Euro) für grünen Wasserstoff aufgelegt, im März 2025 wurden die ersten fünf Investitionskonsortien identifiziert.[5] Die EU-Marokko Green Partnership von 2022 bildet den politischen Rahmen.[6] Doch Marokko denkt in größeren Kategorien als dieses eine Abkommen. Rabat versteht sich zunehmend als aufstrebende Mittelmacht mit einer

dezidiert multipolaren Außenpolitik: Die Atlantic Initiative von 2023 baut Marokko als strategisches Tor nach Subsahara-Afrika aus – durch Hafenanbindungen, bilaterale Abkommen und gezielte Investitionen in der Sahelzone, die Rabats Einfluss in der Region systematisch ausweiten.[7] Die Abraham Accords von 2020 sind für Marokko weniger ein Handelsabkommen als ein geopolitisches Kalkül: Im Gegenzug für die Normalisierung der Beziehungen mit Israel sicherte sich Rabat die US-amerikanische Anerkennung seiner Souveränität über die Westsahara – ein diplomatischer Gewinn, den keine europäische Initiative je geboten hat.[8] Was Marokko von Europa erwartet, ist vor diesem Hintergrund keine Entwicklungshilfe, sondern eine Industriepartnerschaft mit Marktzugang, Technologietransfer und politischer Anerkennung eines Partners, der seine Optionen kennt und zu nutzen weiß.

> *Die EU braucht Ägypten für Migrationskooperation, für Stabilität im östlichen Mittelmeer, als Mediationskanal in den arabischen Raum und als Energiekorridor.*

Tunesien befindet sich vor einer fundamental anderen Ausgangslage – und steht exemplarisch für das Versagen europäischer Demokratisierungspolitik in der südlichen Nachbarschaft. In den Jahren nach 2011 galt Tunesien als Musterfall des Arabischen Frühlings: die einzige funktionierende Demokratie der Region, mit dem höchsten EU-Unterstützungsniveau pro Kopf in der gesamten Nachbarschaft.[9] Doch die Euphorie schlug in Stagnation um. Das wichtigste wirtschaftliche Versprechen dieser Jahre – ein tiefgreifendes Freihandelsabkommen (DCFTA) – scheiterte: an europäischer Zurückhaltung beim Agrarzugang, an tunesischem Widerstand in Zivilgesellschaft und Politik sowie an chronischer Instabilität auf beiden Seiten des Verhandlungstisches.[10] Politisch engagiert, wirtschaftlich enttäuscht – so lässt sich das Jahrzehnt der privilegierten Partnerschaft zusammenfassen. Mit der Machtkonsolidierung von Präsident Saïed ab 2021 und der weitgehenden Aushöhlung demokratischer Institutionen vollzog die EU eine pragmatische Kurskorrektur. Das Memorandum of Understanding (MoU) von 2023, das Migrationskooperation mit Wirtschaftshilfe verknüpft, markiert diesen Wendepunkt: Erstmals stellte die EU Stabilisierung über Demokratisierung, Kooperation über Konditionierung. Menschenrechtsorganisationen kritisieren dabei zu Recht, dass das Abkommen menschenrechtliche Mindeststandards unzureichend absichert.[11] Und doch wäre es zu einfach, darin nur einen Werteverkauf zu sehen. Eine Partnerschaft, die über ein Jahrzehnt politisch viel versprochen und wirtschaftlich wenig geliefert hat, trägt irgendwann nicht mehr. Das ist das unbequeme Fazit, das das MoU von 2023 zur Folge hat. Dass nur einer von zehn Tunesiern die wirtschaftliche Lage des Landes als gut bewertet, unterstreicht die Dringlichkeit dieser Kurskorrektur.[12]

Ägypten ist der komplexeste Fall – und in gewisser Weise der aufschlussreichste: mit fast 106 Millionen Einwohnern bevölkerungsreichstes arabisches Land, wichtige Regionalmacht und unter Präsident al-Sisi ein Gesprächspartner, der die Logik wechselseitiger Abhängigkeit nüchtern kalkuliert. Die EU braucht Ägypten – für Migrationskooperation, für Stabilität im östlichen Mittelmeer, als Mediationskanal in den arabischen Raum und als Energiekorridor: Das GREGY-Projekt, das Ägypten und Griechenland per 954 Kilometer langem Unterwasserkabel mit einer Kapazität von 3.000 Megawatt verbinden soll, steht exemplarisch für Kairos wachsende strategische Bedeutung.[13] Ägypten braucht die EU – für Investitionen, Marktzugang und makroökonomische Stabilisierung. Das 7,4-Milliarden-Euro-Paket von März 2024, überwiegend zinsgünstige Kredite (5 Milliarden Euro), ergänzt um Investitionen (1,8 Milliarden Euro) und Zuschüsse (600 Millionen Euro) steht exemplarisch für diese Wechselseitigkeit: Geld gegen Reformbereitschaft.[14] Was sich hier andeutet, ist eine neue Reife europäischer Südpolitik – weg von der Illusion, Werte exportieren zu können, hin zu einer Partnerschaft, die auf geteilten Interessen aufbaut. Der Pakt sollte diese Logik nicht verschämt umschiffen, sondern offensiv vertreten.

> *Die Debatte über den Pakt für den Mittelmeerraum wird auf politischer Ebene fast ausschließlich nördlich des Mittelmeers geführt.*

Jordanien schließlich ist ein Sonderfall. Das Land nimmt seit Jahrzehnten Flüchtlinge aus den palästinensischen Gebieten, dem Irak und Syrien auf und trägt damit eine der höchsten Flüchtlingslasten pro Kopf weltweit.[15] Jordanien ist für die EU weit mehr als ein Hilfsempfänger: Es ist der wichtigste humanitäre Korridor nach Gaza, ein moderierender Akteur im israelisch-palästinensischen Konflikt und ein Migrationspuffer, dessen Stabilität Europa direkt entlastet. EU-Ratspräsident António Costa hat das beim ersten EU-Jordanien-Gipfel im Januar 2026 in Amman offen anerkannt – Jordaniens Beitrag zu den humanitären Luftbrücken und Landkorridoren nach Gaza sei „wirklich bemerkenswert und von allen geschätzt".[16] Das 3-Milliarden-Euro-Paket von Januar 2025 ist somit keine Entwicklungshilfe im klassischen Sinne, sondern Gegenleistung für strategische Dienste, die Europa sich nicht leisten kann, zu verlieren, und politisches Signal zu einem Zeitpunkt, als die USA als Jordaniens wichtigster externer Unterstützer Hilfsgelder vorübergehend eingefroren hatten.[17] Auch hier setzt sich die Summe aus einer Mischung aus Krediten, Investitionen und Zuschüssen zusammen. Die EU sollte durch die vertiefte Partnerschaft mit Jordanien zudem die Chance nutzen, sich angesichts zunehmend unberechenbarer US-Außenpolitik als verlässlicher Akteur im Nahen Osten zu positionieren. Der Pakt bietet die Chance, diese Logik zu institutionalisieren – und Jordanien erstmals als gleichberechtigten Partner in eine mediterrane Ordnung einzubetten, statt es bilateral auf den guten Willen einzelner Geberstaaten angewiesen zu lassen.

Was der Süden wirklich denkt: Skepsis, Erwartungen, rote Linien

Die Debatte über den Pakt für den Mittelmeerraum wird auf politischer Ebene fast ausschließlich nördlich des Mittelmeers geführt. Das ist ein Problem, denn die entscheidende Frage, ob der Pakt als ernst gemeintes Angebot oder als weiteres Brüsseler Etikett wahrgenommen wird, lässt sich nur beantworten, wenn den Partnerländern zugehört wird.

Drei Jahrzehnte nach dem Barcelona-Prozess fällt die Bilanz im südlichen Mittelmeerraum gemischt aus. Viele Probleme bestehen fort, doch Skepsis gegenüber neuen europäischen Initiativen bedeutet nicht automatisch Desinteresse. Zu diesem Ergebnis kommt auch der IEMed-Konsultationsprozess, an dem 2025 rund 300 Vertreter aus der euromediterranen Region teilnahmen.[18] Der Süden kennt die Geschichte europäischer Initiativen gut genug, um neuen Ankündigungen mit Vorsicht zu begegnen: Barcelona-Prozess, ENP, UfM; die Liste ist lang und die Erinnerungen sind eher schlecht.

Dazu kommt eine Verschiebung, die in europäischen Hauptstädten noch nicht vollständig angekommen ist: Der südliche Mittelmeerraum ist keine rein passive Empfängerregion mehr, die auf europäische Angebote wartet. Richard Youngs von Carnegie Europe diagnostiziert treffend, dass keiner der bisherigen neuen Anläufe einer EU-Mittelmeerpolitik den sinkenden Einfluss in der Region habe aufhalten können.[19] Das Mittelmeer habe sich zu einem geopolitisch komplexen Raum entwickelt, in dem Europa nicht mehr der einzig dominante Akteur sei. Marokko verhandelt gleichzeitig mit der EU, Israel, den Golfstaaten und Washington – und weiß dabei sehr genau, was es will. Die Türkei hat in den vergangenen Jahren eine eigene Agenda als Regionalmacht entwickelt: von Syrien bis zum Roten Meer, von der Sahelzone bis zu einer wachsenden Rüstungskooperation mit nordafrikanischen Staaten. Marokko und die Türkei erheben dabei nicht nur Anspruch auf eine Rolle als Mittelmacht, sondern gestalten auch die regionale Ordnung aktiv mit – ohne oder mit europäischer Beteiligung. Andere Akteure füllen die Lücken, die Europa hinterlässt: China hat seit 2010 massiv in die Region investiert, die Golfstaaten liefern Kapital und Infrastruktur, Russland sichert sich über Rüstungslieferungen strategische Bindungen.[20] Ein Pakt, der diese Dynamik ignoriert, läuft Gefahr, an einer Region vorbeizureden, die bereits weitergedacht hat.

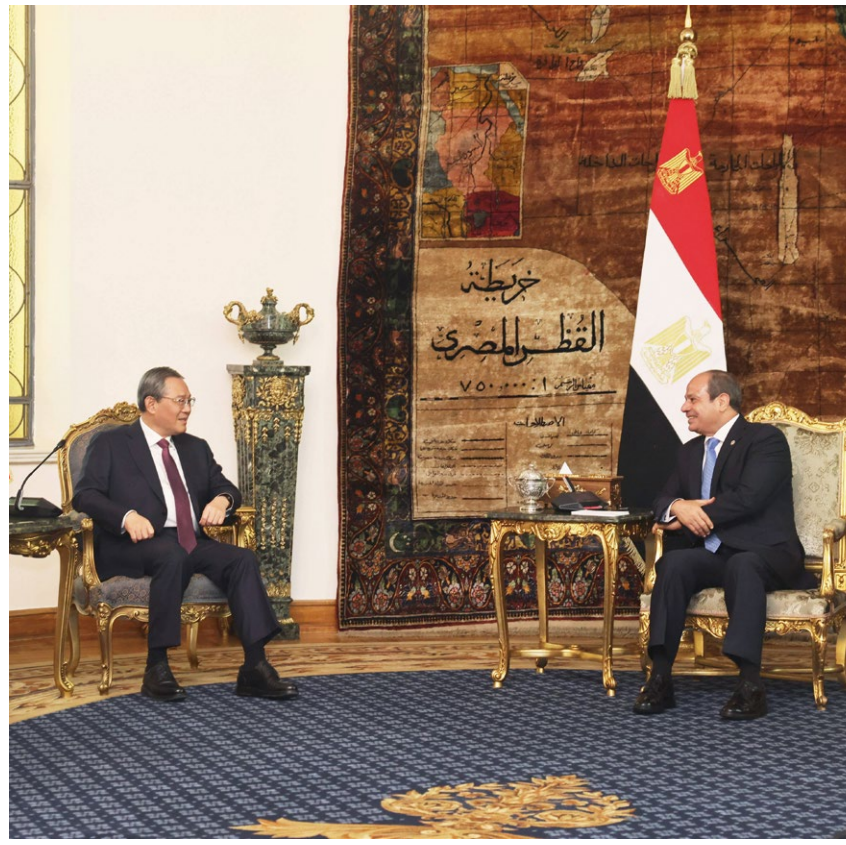
Was der Süden konkret erwartet, lässt sich aus dem Euromed Survey 2025 klar ablesen: Unterstützung im Management von Konflikten und Klimawandel, Investitionen in Qualifikation sowie Beschäftigung stehen ganz oben auf der Agenda[21] – nicht Migration, die in europäischen innenpolitischen Narrativen dominiert. Darüber hinaus wünscht sich der Süden keine Partnerschaft, die Brüssel entwirft und dann zur Unterschrift vorlegt, sondern glaubhafte Mitsprache. Besonders häufig tauchen in Gesprächen drei Kritikpunkte auf. Europa fordert Reformen, bietet aber aus Sicht vieler Partner zu selten entsprechende Gegenleistungen an, sei es in Form von erleichtertem Marktzugang, Visaliberalisierung oder echtem Technologietransfer. Hinzu kommt die starke Fokussierung auf Migration, die in der Region häufig als Ausdruck eines problemorientierten Blicks auf die Nachbarschaft verstanden wird. Schließlich fehlt vielen europäischen Initiativen Kontinuität: Mit Regierungswechseln in den EU-Mitgliedstaaten ändern sich Prioritäten, Programme und Ansprechpartner.[22]

Was im Süden fehlt, ist nicht der politische Wille zur Zusammenarbeit, sondern das Vertrauen, dass Europa diesmal als verlässlicher Partner auftritt und hält, was es verspricht.

Europa liefert – aber nicht schnell genug

Brüssel hat längst begonnen, realpolitisch zu denken, auch wenn das in der öffentlichen Debatte kaum ankommt. Das MoU mit Tunesien von 2023, das 7,4-Milliarden-Euro-Paket mit Ägypten von 2024[23] sowie die strategische Partnerschaft mit Jordanien von 2025 zeigen eine EU, die Stabilität über Konditionierung stellt und Interessen offen benennt.[24] Der Pakt ist insofern kein Paradigmenwechsel, sondern die institutionelle Klammer um eine Praxis, die sich bereits verändert hat.[25] Das Problem ist nicht, dass Europa nichts anbietet, sondern, dass vieles zu langsam beschlossen wird und oft kaum sichtbar ist.

China positioniert sich im Mittelmeerraum als flexibler Partner, der seine Zusammenarbeit ohne langwierige bürokratische Hürden auf die Bedürfnisse der jeweiligen Länder zuschneidet. Im Bild: Der chinesische Ministerpräsident Li Qiang bei einem Treffen mit dem ägyptischen Präsidenten Abdel Fattah El-Sisi im Juli 2025 in Kairo. Foto: © Xinhua, Imago.



> *Geschäfte mit China sind einfach und schnell; mit der EU gibt es komplizierte Entscheidungsprozesse, viele Bedingungen und keine Gewissheit über das Ergebnis.*

China agiert im Mittelmeerraum als flexibler Partner, der Strategien auf die Bedürfnisse jedes einzelnen Landes zuschneidet – ohne lange Ausschreibungsverfahren, ohne Konditionierungsmechanismen.[26] Golfstaaten liefern Kapital schnell und sichtbar. Europa liefert ebenfalls, jedoch langsam, bürokratisch und kommunikativ ausbaufähig. Im Gegensatz zu seinen Konkurrenten sind beispielsweise EU-Vergabemethoden komplex und eher an den Bedarfen der Haushaltsexperten in Brüssel orientiert als an den Zielgruppen vor Ort. Darüber hinaus werden Investitionspakete und Leistungen häufig ohne Kommunikationskampagnen getätigt, während vor allem China dafür sorgt, dass seine Investitionen für die Öffentlichkeit sichtbar sind. Wie Entscheidungsträger in der Region gegenüber europäischen Gesprächspartnern immer wieder betonen: Geschäfte mit China sind einfach und schnell; mit der EU gibt es komplizierte Entscheidungsprozesse, viele Bedingungen und keine Gewissheit über das Ergebnis.[27] Das ist keine grundsätzliche Ablehnung gegenüber Europa, aber eine kritische Wahrnehmung der bürokratischen Mühlen Brüssels.

Von 138 Global-Gateway-Flaggschiffprojekten für 2024 sind gerade einmal 22 dem Mittelmeerraum gewidmet – obwohl die Region für Europa von unmittelbarem strategischem Interesse ist.[28] Dabei sind es gerade Infrastrukturprojekte wie Energiekorridore, Unterwasserkabel oder Hafenanbindungen, die Europa direkt nützen: Was durch den Mittelmeerraum nach Europa fließt, hängt von der Qualität dieser Verbindungen ab. Investitionen in mediterrane Infrastruktur sind insofern keine Entwicklungshilfe, sondern Eigenvorsorge. Europa spricht zu selten offen darüber, dass viele dieser Investitionen nicht nur den Partnerländern dienen, sondern auch europäischen Interessen. Genau deshalb wird ihr strategischer Wert häufig unterschätzt.

Berlins Stunde: Führung im Mittelmeer beginnt in Europa

Deutschland ist keine Mittelmeermacht. Anders als Frankreich oder Italien bringt Berlin im südlichen Mittelmeerraum weder koloniale Altlasten noch akute regionale Konflikte mit. Frankreich hat unter Macron zwar die Beziehungen zu Marokko nach Jahren der Eiszeit wiederhergestellt – die Anerkennung der marokkanischen Souveränität über die Westsahara im Oktober 2024 war dafür der entscheidende Schritt –, seitdem befinden sich jedoch die Beziehungen zu Algerien auf einem historischen Tiefpunkt. Italien verfolgt unter Meloni mit dem Mattei-Plan[III] eine durchaus ambitionierte Südpolitik mit parallel harter Migrationspolitik. Deutschland startet von einer anderen Position. Berlin unterhält derzeit gute Beziehungen zu Marokko, Ägypten und Jordanien – und seit Merz' Antrittsbesuch in Ankara im Oktober 2025 auch zur Türkei.[29]

[III] Der Mattei-Plan (benannt nach Enrico Mattei, dem Gründer des italienischen Energiekonzerns ENI) ist eine strategische Initiative. Der Plan zielt darauf ab, die Beziehungen zwischen Italien bzw. Europa und Afrika durch gleichberechtigte, partnerschaftliche Wirtschafts- und Entwicklungsprojekte neu zu definieren und zu stärken.

> *In Marokko soll 2026 die erste großtechnische Referenzanlage für grünen Wasserstoff des afrikanischen Kontinents in Betrieb gehen.*

Bundeskanzler Merz hat den deutschen Führungsanspruch in Europa früh und unmissverständlich formuliert: „Ich weiß, dass viele von Ihnen von Deutschland mehr Führung als in den vergangenen Jahren erwarten. Sie können auf uns zählen, wir werden liefern."[30] Ob dieser Anspruch auch für den Mittelmeerraum gilt, der in der deutschen Außenpolitik hinter Ukraine, Indopazifik und transatlantischen Beziehungen rangiert, bleibt abzuwarten. Gründe gäbe es genug: Energieversorgung, Migrationsströme sowie die Stabilität einer Nachbarschaft, die instabile Staaten und schwelende Konflikte beherbergt. Grüner Wasserstoff aus Marokko und Ägypten ist für Deutschlands Energiewende keine Randnotiz. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert bereits konkrete Projekte in beiden Ländern mit mehr als 200 Millionen Euro, in Marokko soll 2026 die erste großtechnische Referenzanlage für grünen Wasserstoff des afrikanischen Kontinents in Betrieb gehen. Was rund um das Mittelmeer passiert, kommt in Berlin an. Das hat die Migrationsdebatte der vergangenen Jahre hinreichend deutlich gezeigt.

Der Erfolg des Paktes entscheidet sich nicht nur im südlichen Mittelmeerraum, sondern auch innerhalb der EU. Viele osteuropäische Mitgliedstaaten betrachten die Region nicht als ihre strategische Priorität – hierfür ist die russische Bedrohung an der Ostflanke zu dominant. Und doch lohnt sich auch für sie der Blick nach Süden. Ein stabiler Mittelmeerraum bedeutet weniger Migrationsdruck, größere Energieversorgungssicherheit und zusätzliche wirtschaftliche Chancen für die gesamte EU. Deutschlands Rolle in Europa beruhte dabei traditionell weniger auf Dominanz als auf der Fähigkeit, unterschiedliche Interessen zusammenzuführen. Genau diese Vermittlungsfunktion wird auch im Mittelmeerraum gefragt sein. Berlin muss die Bedeutung der südlichen Nachbarschaft in Warschau, Vilnius oder Prag nicht als Belehrung, sondern als gemeinsames europäisches Interesse vermitteln. Wer in den Süden investiert, investiert langfristig in die eigene Stabilität.

Hinzu kommt die Türkei. Kaum ein anderer Akteur verdeutlicht die unterschiedlichen Perspektiven innerhalb Europas so klar. Während Griechenland und Zypern Ankara vor allem als Konfliktpartei wahrnehmen, sehen viele baltische und osteuropäische Staaten dort in erster Linie einen NATO-Verbündeten. Gerade wegen seiner verbesserten Beziehungen zur Türkei könnte Deutschland dabei helfen, diese unterschiedlichen Sichtweisen zusammenzuführen. Ziel sollte es sein, Ankara stärker als Mittelmeerakteur einzubinden, ohne jede Debatte sofort auf die festgefahrene Beitrittsfrage zu reduzieren.[31]

Die richtige Initiative zum richtigen Zeitpunkt – aber die Zeit läuft

Der Pakt geht in die richtige Richtung. Brüssel hat verstanden, dass eine Nachbarschaftspolitik, die ihre Nachbarn primär als Problem begreift, keine Zukunft hat. Doch das allein wird nicht genügen.

Die Partnerländer haben den Barcelona-Prozess, die ENP und die UfM erlebt. Sie werden den Pakt nicht an seinen Zielsetzungen messen, sondern daran, ob innerhalb der nächsten zwölf bis 18 Monate Projekte anlaufen, Investitionen sichtbar werden und politische Entscheidungen folgen. Ein Pakt, der nur von Mittelmeeranrainern getragen wird, bleibt ein regionaler Reflex und wird kein europäisches Projekt.

Gleichzeitig stimmt auch, dass unsere südlichen Nachbarn nicht warten. Sie bauen neue Partnerschaften auf, erschließen neue Märkte und haben heute deutlich mehr Optionen als noch vor zehn Jahren. Die Frage lautet deshalb nicht, ob der Süden Interesse an Europa hat. Die Frage lautet, ob Europa interessant genug bleibt. Der Pakt ist Europas Versuch, darauf eine Antwort zu geben. /

Artikel inkl. Literaturverzeichnis online verfügbar